

## Rede soziale Gerechtigkeit

Wir demonstrieren hier heute für soziale Gerechtigkeit. Davon sind wir sowohl in Deutschland wie weltweit weit entfernt. Die soziale Kluft wird immer größer, die öffentliche Infrastruktur zerfällt.

Die reichsten 10 % der deutschen Haushalte besitzen 54% des Nettovermögens. Die Haushalte in der unteren Hälfte der Verteilung besaßen hingegen nur ca. 3% des Gesamtvermögens laut Armutsbericht Bundesregierung 2025.

In Deutschland wie weltweit wächst der Superreichtum:

- 2025 ist die Gesamtzahl der Milliardär\*innen um ein Drittel auf 172 gestiegen. Deutschland hat die viertmeisten Milliardär\*innen weltweit.
- Ein\*e deutsche\*r Milliardär\*in verdient in weniger als anderthalb Stunden das durchschnittliche Jahreseinkommen in Deutschland.(Oxfam)

11.000.000 Euro "verdient" die wohl reichste Deutsche, BMW-Besitzerin Susanne Klatten, pro Tag. Das trug Jan van Aken am 30.9.2024 in der Sendung "Hart aber fair" vor. Pro Arbeitsstunde (bei einer 60 Stunden-Woche) kommt er bei seiner Berechnung auf 1,15 Millionen €.

In der gleichen Sendung trat der Immobilienunternehmer und Multimillionär Josef Rick auf. Herr Rick hat vor Jahren einmal seine Steuererklärung öffentlich gemacht. In dem Jahr hatte er ein siebenstelliges Einkommen. Seine Einkommenssteuer lag bei: null Euro. „Wir überlassen es den Reichen, ob sie Steuern zahlen wollen oder nicht“, stellt Josef Rick fest. Er fordert eine Änderung des Systems, nutzt aber bisher selbst alle legalen Steuerprivilegien aus. Man kann dies werten wie man will, aber es zeigt, wie ungerecht und desolat unser Steuersystem ist. Von der illegalen Steuerhinterziehung ist hier noch gar nicht die Rede.

Die öffentlichen Äußerungen der Regierungsmitglieder und die von ihnen avisierten sogenannten Reformen befassen sich aber überhaupt nicht mit dieser Problematik. Nein, sie entdecken ganz andere Ursachen der Finanznot unseres Staates und der Sozialsysteme. Die Bürgergeldbezieher, die Leistungsverweigerer, die Lifestyle-Teilzeitarbeitende, zu viele Krankmeldungen etc.

Mit der möglicherweise verfassungswidrigen Reform des Bürgergeldes zur Grundsicherung sollen angeblich Milliarden eingespart werden. Tatsächlich werden im kommenden Jahr ca. 86 Millionen Einsparung erwartet. Die Gesamtausgaben für das Bürgergeld lagen im letzten Jahr bei ca. 47 Milliarden Euro. Der Bürgergeldbetrag, der so gerne von CDU/CSU genannt wird, kostet nach [Angaben](#) der Bundesagentur für Arbeit den Staat jährlich rund 272,5 Millionen Euro pro Jahr (wobei es sich in vielen Fällen auch um versehentlichen "Betrug" z.B. wegen des Vergessens von Mitteilungen handelt). Demgegenüber stehen die Zahlen für den Schaden durch Steuerhinterziehung. Die meisten Experten schätzen diesen Schaden auf ca. 100 Milliarden pro Jahr, es gibt aber durchaus seriöse Schätzungen bis zu 200 Milliarden.

Wohl gemerkt, dies sind nur verlorene Einnahmen durch Steuerhinterziehung. Verlorene Einnahmen durch die Ungerechtigkeit des Steuersystems sind hier noch gar nicht berücksichtigt. Seit 1997 wird in Deutschland keine Vermögenssteuer mehr erhoben. Nach Auffassung vieler CDU/CSU-Politiker und auch vieler so genannter Experten und Journalisten ist sie ein sozialistisches Instrument. 1997 war das vorletzte Regierungsjahr von Kohl. Mir ist nicht bekannt, dass in Kohls Regierungszeit der Sozialismus herrschte.

Laut einer Studie von Oxfam von 2024 brächte eine Vermögenssteuer über 85 Milliarden Euro, wenn alle Leute mit mehr als 4,6 Millionen Euro nur 2 Prozent Vermögenssteuer zahlen und Multimilliardäre sich mit 5 Prozent an der Staatskasse beteiligen müssten. Das würde den Bundeshaushalt um knapp 20 Prozent erhöhen und wäre genug, um den Umbau des Sozialstaates voranzuschieben und grundlegende Verbesserungen in Bildung, Gesundheit und Entwicklungszusammenarbeit umzusetzen.

Ein weiterer Punkt zur Verbesserung der Einnahmen des Staates wäre eine Reform der Erbschaftssteuer. Hierzu nur soviel: Wenn Vermögen im Wert von 100 Millionen Euro oder mehr vererbt werden, fällt häufig keine Erbschaftssteuer an. Dem Staat entgehen so schätzungsweise jährlich Einnahmen von 8,8 Milliarden Euro. Die Union sieht bei einer Änderung den Mittelstand gefährdet. Es wird mit der Gefährdung von Betrieben argumentiert, obwohl es genügend Modelle der Streckung der Steuer über mehrere Jahre oder Jahrzehnte gibt.

Es gäbe also genügend Möglichkeiten für unsere Regierungen, die öffentliche Armut und die soziale Ungleichheit durch Einnahmeverbesserungen zu bekämpfen, anstatt die Armen zu bekämpfen.

Aber wir müssen auch noch die Ausgabenseite erwähnen. Es ist ein Unding, dass die Infrastruktur zerfällt, Bildungsausgaben gekürzt werden, Vereinen minimale Zuschüsse gestrichen werden, die Kommunen zunehmend verarmen und sie die notwendigsten Aufgaben nicht mehr erfüllen können, weil Mittel gekürzt werden, aber auf der anderen Seite, ohne mit der Wimper zu zucken, Milliarden für die Rüstung ausgegeben werden. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Demokratie und Rechtsstaat können nicht durch neuen Militarismus gegen Rechtsextremismus und äußere Bedrohungen geschützt werden, sondern vor allem durch soziale Gerechtigkeit und Investitionen in Bildung und Sozialstaat.